

Deutsche Verhältnisse

Stefan Hradil (Hg.)

Deutsche Verhältnisse

Eine Sozialkunde

Unter Mitarbeit von Adalbert Hepp

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Diese Ausgabe ist die durchgesehene und aktualisierte Neuauflage der gleichnamigen Ausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung (Bonn 2012).

Ergänzende Materialien – Grafiken und Daten – zu jedem einzelnen Kapitel finden sich unter www.bpb.de/sozialkunde

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39860-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2013 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln

Umschlagmotiv: © iStockphoto, Andrea Zanchi

Satz: Marion Gräf-Jordan, Heusenstamm

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Kapitel 1	
Sozialkunde Deutschlands	9
Einleitung	
<i>Stefan Hradil</i>	
Kapitel 2	
Sozialer Wandel	17
Wohin geht die Entwicklung?	
<i>Uwe Schimank</i>	
Kapitel 3	
Bevölkerung	41
Die Angst vor der demografischen Zukunft	
<i>Stefan Hradil</i>	
Kapitel 4	
Migration	67
Vom Gastarbeiter zum Menschen mit Migrationshintergrund	
<i>Wolfgang Seifert</i>	
Kapitel 5	
Familie	94
Zwischen traditioneller Institution und individuell gestalteter Lebensform	
<i>Norbert F. Schneider</i>	

Kapitel 6
Bildung 121
Die wichtigste Investition in die Zukunft
Rolf Becker

Kapitel 7
Soziale Ungleichheit 152
Eine Gesellschaft rückt auseinander
Stefan Hradil

Kapitel 8
Werte, Milieus und Lebensstile 185
Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft
Hans-Peter Müller

Kapitel 9
Innere Sicherheit und soziale Kontrolle 209
Wie viel Freiheit ist möglich?
Hans-Jörg Albrecht

Kapitel 10
Siedlungsstruktur 229
Die neue Attraktivität der Städte
Hartmut Häußermann †

Kapitel 11
Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung 247
Vergangenheit und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
Johannes Berger

Kapitel 12
Arbeitsmarkt 284
Für alle wichtig, für viele unsicherer
Wolfgang Ludwig-Mayerhofer

Kapitel 13	
Arbeitswelt	308
Die Entgrenzung einer zentralen Sphäre	
<i>Martin Heidenreich/Sascha Zirra</i>	
Kapitel 14	
Demokratie	330
Deutschlands schwieriger »Weg nach Westen«	
<i>Manfred G. Schmidt</i>	
Kapitel 15	
Zivilgesellschaft	347
Ein Leitbild	
<i>Annette Zimmer</i>	
Kapitel 16	
Regierungssystem	360
Herausforderungen für Regierung und Verfassung	
<i>Roland Sturm</i>	
Kapitel 17	
Parteien und Wahlen	378
Die Entwicklung des politischen Wettbewerbs	
<i>Oskar Niedermayer</i>	
Kapitel 18	
Medien	398
Die »vierte Gewalt«?	
<i>Jürgen Wilke</i>	
Kapitel 19	
Sozialstaat	422
Eine Institution im Umbruch	
<i>Josef Schmid</i>	

Kapitel 20	
Europäische Integration	449
Zwischen Markt und Solidarität	
<i>Maurizio Bach</i>	
Kapitel 21	
Supranationalisierung	472
Die Zukunft der Staatlichkeit	
<i>Michael Zürn</i>	
Kapitel 22	
Zukunftsszenarien für Deutschland	495
<i>Stefan Hradil</i>	
Glossar	512
Literatur	543
Autoren	558
Sachregister	565

Kapitel 1

Sozialkunde Deutschlands

Einleitung

Stefan Hradil

1 Was ist eine »Sozialkunde«?

Die vorliegende Schrift wurde verfasst für Leser, die sich einen Überblick über Gesellschaft, Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik verschaffen und dabei auf den aktuellen Stand sozialwissenschaftlicher Forschung gebracht werden wollen.

Jedes Kapitel ist von einem besonders gut ausgewiesenen Wissenschaftler verfasst. Alle Autoren wurden gebeten, die zentralen historischen Entwicklungen und die wichtigsten gegenwärtigen Strukturen auf ihrem Feld zu umreißen. Über Fakten hinaus informieren die Beiträge auch über aktuelle Probleme und zeigen, mit welchen künftigen Entwicklungen zu rechnen ist.

Eine Sozialkunde ist gedacht für einen breiten Leserkreis. Deswegen vermeiden Autoren und Herausgeber Fachbegriffe oder erklären sie. Die Darstellungen sind an den realen Gegebenheiten, Problemen und Wahrnehmungen ausgerichtet. Sozialwissenschaftliche Theorien, Ansätze und Methoden werden nur dann aufgeführt, wenn es zum Verständnis von Befunden nötig ist. Im Unterschied zu wissenschaftlichen Lehr- und Handbüchern gehen die Autoren in der Regel nicht auf die einzelnen Studien und ihre Urheber ein. Was zählt, ist das Gesamtbild der Befunde und ihre Bedeutung für die Bürger.

Die Sozialkunde erscheint sowohl als gedruckte Ausgabe – zuerst Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2012 – als auch im Internet (bpb.de/sozialkunde). Der gedruckte Band enthält die wichtigsten Daten und Belege und präsentiert Grundinformationen und eine Übersicht in flüssig lesbarer Form. Die Materialien im Internet umfassen neben dem Buchtext der Bundeszentralen-Ausgabe empirische Nachweise, Gesetzestexte, Interviews, Übersichten und Daten etc. Die vorliegende Verlagsausgabe ist die durchgesehene und aktualisierte sowie um einige Schaubilder und Tabellen erweiterte Neuauflage der Bundeszentralen-Ausgabe.

2 Die Bedingungen der neuen Sozialkunde

Eine umfassende »Sozialkunde« der Bundesrepublik Deutschland wurde zum letzten Mal in den 1980er Jahren veröffentlicht (Claessens/Klönne/Tschoepe 1985). Dabei handelte es sich um die aktualisierte Ausgabe des Buches, das schon 1965 geschrieben wurde.

Hintergrund der damaligen Sozialkunde war eine schnell wohlhabend werdende Nachkriegsgesellschaft. Die Verfasser sahen Deutschland denn auch als eine primär nachfaschistische Gesellschaft. Vieles wurde von der Vergangenheit Deutschlands und von den Mühen her analysiert, sich davon zu lösen. Der neue Wohlstand wurde als umwälzende Kraft begriffen, die die Lösung von den alten Schatten indessen nicht immer erleichterte. Die »Industrialisierung im Obrigkeitsstaat« erschien so als Verheißung und Problem zugleich.

Seither hat sich viel verändert. Die meisten äußeren Gegebenheiten haben sich gewandelt. Aber auch deren Wahrnehmung, die zentralen Problemdefinitionen und die öffentlichen Diskussionsgegenstände sind andere geworden. Damit wird eine Sozialkunde auch ein anderes Publikum, andere Bedürfnisse und andere Rezeptionen in Rechnung stellen, sich insgesamt andere Ziele setzen müssen. Beispielsweise zeigt sich dies in folgenden Erscheinungen:

So lässt es die *Globalisierung* nicht mehr zu, eine Sozialkunde auf Deutschland zu beschränken. Auch dann nicht, wenn sie sich, ihrem Titel zufolge, auf Deutschland konzentriert. So beendete ein weitgehend deregulierter globaler Finanzmarktkapitalismus in Deutschland den nationalen »Rheinischen Kapitalismus«, manche sagen sogar: die Soziale Marktwirtschaft. Mag die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands davon profitiert haben, so sind doch die Konflikte härter geworden. Eine Sozialkunde wird daher auf eine Leserschaft treffen, deren Überzeugungen wesentlich weiter auseinandergehen als noch vor wenigen Jahrzehnten. An die Überzeugungskraft der dargestellten Befunde stellt das hohe Anforderungen.

Zudem engen vielfältige Transnationalisierungsprozesse die Wirksamkeit gewählter nationaler Regierungen immer mehr ein. Supranationale Entscheidungsträger sind jedoch in aller Regel kaum demokratisch legitimiert. Dies trägt zur Empfindung bei, dass die Einwirkungsmöglichkeiten der Menschen schrumpfen. Kein Wunder also, dass politische Instanzen vermehrt unter Rechtfertigungsdruck geraten und eine Sozialkunde mit einer oftmals skeptischen Leserschaft zu rechnen hat.

Neue *Informationstechnologien* verwandelten in den letzten Jahrzehnten das Alltagsleben, das Informationsverhalten, die Kommunikationsstile, einschließlich der Wege politischer Kommunikation und sozialer Kontrolle. Eine Sozialkunde muss diese Veränderungen als Gegenstand ihrer Darstellungen, aber auch als

Kommunikationsmittel und als Erwartungshaltung ihrer Leser berücksichtigen. In einer Zeit, in der eine Fülle von Einzelinformationen mühelos im Internet greifbar ist, wird von einer Sozialkunde nicht erwartet, die Informationsflut zu vermehren, sondern Wissen zu vermitteln. Das heißt: Informationen von großem Gewicht hervorzuheben, sie in Zusammenhang zu bringen und ihre Bedeutung für die Bürger herauszustellen.

Computer und Internet verbinden die Menschen, treiben sie aber auch auseinander. So entstanden wirtschaftliche Sektoren mit hoher Produktivität, hohen Qualifikationsanforderungen, hohem Einkommen und hohen Partizipationserwartungen. Andere Sektoren blieben von alledem jedoch weitgehend unberührt. Die Disparitäten wuchsen dementsprechend. Nach jahrzehntelanger Angleichung wurde die Sozialstruktur Deutschlands, aber auch die anderer Gesellschaften, wieder ungleicher. Auch dies veränderte nicht nur die Darstellungsobjekte, auch die Leserschaft einer neuen Sozialkunde rückte auseinander.

Eine Facette des Auseinanderrückens zeigt sich darin, dass den Gebildeten und Erfolgreichen die vorhandenen Partizipationschancen einer repräsentativen Demokratie immer weniger ausreichen. Die Gewinner erhöhen den Druck, direktere Einflusskanäle zu eröffnen. Dagegen sinkt die Bereitschaft der weniger Erfolgreichen, auch nur an Wahlen, der Basis einer jeden Demokratie, teilzunehmen.

Wird eine Sozialkunde trotz aller Bemühungen um Eingängigkeit und weite Verbreitung vorrangig von Gebildeten und Partizipationsbereiten zur Kenntnis genommen – und das liegt zumal dann nahe, wenn sich die Publikation auf sozialwissenschaftliche Resultate stützt –, so läuft heute eine Sozialkunde mehr denn je Gefahr, die sich aufbauende Kluft des Wissens und der Partizipation noch zu verstärken.

Dass in letzter Zeit immer mehr Menschen armutsgefährdet, aber auch immer mehr Menschen sehr wohlhabend sind, hat auch mit *veränderten Lebensformen* zu tun. Noch lebt eine knappe Bevölkerungsmehrheit durchaus »konventionell« als Verheiratete, mit oder ohne Kinder. Die Menschen, die als Singles, Alleinerziehende, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften oder in anderen »unkonventionellen« Beziehungsformen leben, machen aber schon weit mehr als kleine Minderheiten aus. Die einen leben ihre Lebensform fraglos und selbstverständlich, die anderen ringen mit ihrer sozialen Identität und um gesellschaftliche Anerkennung. Vor allem Letztere erwarten von einer Sozialkunde auch gesellschaftliches Orientierungswissen.

Die demografisch bedingte Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung entwickelter Gesellschaften, aber auch die wachsenden internationalen Ungleichheiten fördern *Zuwanderungen*. Viele Zielländer, auch und gerade Deutschland, versäumten es aber schon in der Vergangenheit, sich auf das Bleiben der Zuwanderer

rechtzeitig einzustellen. Kulturelle Heterogenität, Vorurteile und die oftmals geringe Qualifikation von Migranten kulminierten in wachsenden *Integrationsproblemen*. Von differenzierter Sachkenntnis wenig getrübt, emotional vereinfachende Reaktionen hierauf waren und sind eher die Regel als die Ausnahme. In dieser Situation ist eine Sozialkunde aufgefordert, Ideologie durch Empirie einzudämmen. Es geht um die Verbreitung von Wissen, auch von Wissen über Fehlentwicklungen, die nach allgemein gültigen Maßstäben (z. B. des Grundgesetzes) festzustellen sind. Es geht in einer Sozialkunde nicht um Dramatisierungen, Anklagen, persönliche Bewertungen und Parteinahmen.

Trotz wachsenden Reichtums hatte die Sozialpolitik in den letzten Jahren wachsende Aufgaben. Zugleich gerät der Sozialstaat aber unter Druck, unter anderem weil seine Finanzierungsbasis nicht entsprechend wächst und in Zukunft zu erodieren droht. Wenn Problemlasten die Lösungsmöglichkeiten überwiegen, liegt es nahe, von einer Sozialkunde nicht nur Aufklärungen über gegebene Sachverhalte zu erwarten, sondern auch Diskussionsangebote hinsichtlich alternativer Lösungen. Diese durchaus berechtigten Erwartungen kann die vorliegende Veröffentlichung jedoch nur in engen Ausschnitten erfüllen. Die öffentliche Diskussion durch Lösungsvorschläge und deren Analyse anzuregen erforderte eine zusätzliche, weit umfangreichere Sozialkunde, zudem eine, die nicht nur von Sozialwissenschaftlern geschrieben ist.

Überblickt man die erwähnten Veränderungen, so stellen sich die Zielsetzungen einer Sozialkunde heute sehr komplex dar. Im Folgenden sollen einige wesentliche herausgegriffen werden.

3 Zu den Zielen der neuen Sozialkunde

Leitbild der politischen Bildung ist nicht nur der wissende, sondern auch der kritische, urteilsfähige Bürger (Hilligen 1957, zit. n. Patzelt 2007: 346).

Er soll nicht nur zum Sehen befähigt werden, sondern auch zum Beurteilen und – mehr noch – zum Handeln. Gemessen daran, halten sich die Ziele einer Sozialkunde notwendigerweise in Grenzen. Zum Sehen soll eine Sozialkunde auf jeden Fall befähigen. Was das Beurteilen betrifft, so kann und sollte sie immerhin Kriterien hierfür anbieten und Reflexionen in Gang setzen. Jedoch wird eine Sozialkunde kaum Handlungsanleitungen und -kompetenzen vermitteln können. Dies zu leisten bleibt Schulen, öffentlichen Diskussionen, Netzwerken und politischen Akteuren vorbehalten.

Aber schon die Wissensvermittlung und das dementsprechende Erkennen von Strukturen, Entwicklungen und Problemen gelingen in einer pluralisierten, un-

gleicheren und nicht selten skeptischen Gesellschaft nicht leicht: Inwieweit lässt sich mittels einer Sozialkunde gegen politische Ideologien, verfestigte Alltagstheorien, tief sitzende Überzeugungen und routinisierte Lebensstile etwas ausrichten? Wie kann das vermittelte Wissen also individuell in die Tiefe dringen? Inwieweit kann eine Sozialkunde angesichts immer ungleicherer sozialer Schichten mit ihren divergierenden Interessen und angesichts immer unterschiedlicherer sozialer Milieus mit ihren heterogenen Mentalitäten darauf hoffen, gesellschaftsweite Wirkung zu erzielen? Wie kann sozialkundliches Wissen also die nötige Breite erlangen?

Wie viele Wirkungen, auf die Sozialwissenschaftler hoffen, so stellen sich auch diese mentalen Effekte beim Leser nur selten direkt ein. Zwar sollte es gelingen, dass die in dieser Sozialkunde enthaltenen Informationen individuell und momentan zur Kenntnis genommen werden. Inwieweit sie dabei aber – seien sie auch eingängig formuliert und leicht zugänglich publiziert – komplexe Wissenssysteme verändern und wie nachhaltig dieser Wandel ist, steht auf einem anderen Blatt. Ganz zu schweigen davon, ob sich Einstellungen, Werthaltungen und diesbezügliche Urteile verändern und sich sogar eingeschliffene politische und alltägliche Verhaltensstile wandeln.

Die sozialwissenschaftliche Praxisforschung (Beck/Bonß 1989) machte deutlich, dass dies erst dann der Fall ist, wenn Diskussionen angeregt werden und sich dadurch gesellschaftliche Diskussionshorizonte insgesamt verschieben, wenn ferner praxisnahe Einübungen (beispielsweise in der Schule) stattfinden, wenn also indirekte Wirkungen erzeugt werden.

Die vorliegende Sozialkunde kann und soll den Sozialkundeunterricht in der Schule nicht ersetzen, und schon gar nicht die rege Diskussion einer politischen Öffentlichkeit. Aber sie sollte beides beeinflussen und mit dieser Hilfe praktische Wirkungen erzeugen.

Jede Sozialkunde muss über bloße Sachinformationen hinaus Interpretationen anbieten. Fakten und Daten allein (zum Beispiel zum Ausmaß der relativen Armut in Deutschland) werden den Lesern nur bedingt die damit einhergehenden Probleme verdeutlichen. Auch diese Interpretationen (zum Beispiel zu den Folgen der Armut) werden in einer wissenschaftlich fundierten Sozialkunde so weit wie möglich durch objektive Daten verdeutlicht werden. Dennoch kann eine Sozialkunde nicht den Anspruch erheben, »richtige« und »vollständige« Probleminterpretationen zu vermitteln. Wie »schlimm« ein gesellschaftliches Problem (zum Beispiel relative Armut) ist, wird nur beurteilt werden können, der sich an praktischen Aktivitäten der Zivilgesellschaft (möglicherweise an einer Tafel oder einer Hausaufgabenhilfe) praktisch beteiligt.

In einer Sozialkunde sollen keine persönlichen Werturteile gefällt und erst recht keine politischen Handlungsempfehlungen gegeben werden. Es ist Aufgabe

der politischen Willensbildung herauszufinden, welche Gesellschaft wir haben wollen und was wir tun sollen, um die jeweils gewollte Gesellschaft zu erreichen. Aber eine Sozialkunde kann sehr wohl über unterschiedliche Vorstellungen von einer »besseren« Gesellschaft informieren (zum Beispiel in Gestalt von Gerechtigkeitskonzeptionen), eine Sozialkunde kann auch über Urteile informieren, die sich aus bestimmten Wertvorstellungen ergeben (sie kann beurteilen, ob zum Beispiel aus der Sicht der Chancengerechtigkeit die schulische Auswahl in Deutschland gerecht ist), und eine Sozialkunde kann über die Konsequenzen informieren, die zu erwarten sind, wenn bestimmte Maßnahmen (zum Beispiel eine bestimmte Armutsbekämpfung) getroffen werden.

Die Verfügbarkeit differenzierter Informationen erzeugt leider keineswegs automatisch differenzierteres Wissen und sachgerechtes Handeln. Vielmehr droht ausführliche Information im Gegenteil nicht selten zur Ideologisierung beizutragen. Je komplexer nämlich die angebotenen Informationen sind, und wissenschaftliche Spezialisierung trägt hierzu ebenso bei wie die Informationsverbreitung durch das Internet, desto eher neigen Menschen dazu, radikale Vereinfachungen vorzunehmen, um Übersicht und Handlungsfähigkeit zu erhalten. Einer Sozialkunde fällt in dieser Situation die Aufgabe zu, einerseits Komplexität im Dienste ihrer Handhabbarkeit zu reduzieren, andererseits die Bürger vor »schrecklichen Vereinfachungen« zu schützen. Ein wesentliches Ziel einer Sozialkunde ist erreicht, wenn es auf diese Weise gelingt, sozialwissenschaftlich fundiertes Wissen bereitzustellen, das tatsächlich in politische Argumentation Eingang findet, und somit eine Versachlichung gesellschaftlicher Interessens- und Bewertungskämpfe zu erreichen. Dies ist vor allem wichtig in einer ungleicher und heterogener werdenden Gesellschaft, in der die Verteilungskämpfe härter werden und die politischen Lager sich verfestigen.

Was man sich als Herausgeber einer Sozialkunde erhoffen darf, ist nicht die deduktive, flächendeckende Anwendung »wahrer« Erkenntnisse durch die Bürger, sondern sind Prozesse des induktiven, situativen Umgehens mit Kenntnissen und Deutungsangeboten, produziert von Wissenschaftlern, die dem unmittelbaren politischen oder alltäglichen Rechtfertigungs- und Handlungsdruck weitgehend enthoben sind. Politiker, aber vielfach auch »einfache Bürger« stehen häufig unter unmittelbarem Legitimationsdruck. Politische Korrektheit und Pragmatismus engen so häufig die Bandbreite ihrer Fragen und Antworten ein. Wissenschaftler haben mehr Freiheit, heterogene Fragen zu stellen und kontroverse Antworten zu vermitteln. Dies kommt, so ist zu hoffen, einer Sozialkunde zugute (Beck/Bonß 1989: 27).

4 Wie wird versucht, die Ziele der neuen Sozialkunde zu erreichen?

Wie eingangs erwähnt, stellt die Bundeszentrale für Politische Bildung zum gedruckten Buchtext der vorliegenden Sozialkunde zusätzliche Materialien auf ihrer Website bereit. Diese werden regelmäßig aktualisiert (*bpb.delsozialkunde*).

Jedes Kapitel der Sozialkunde wurde von einem besonders ausgewiesenen und erfahrenen Spezialisten geschrieben. Das Gesamtwerk folgt einem systematischen Aufbau. Dies kommt schon äußerlich in der Kapitelstruktur zum Ausdruck. Zwar bringen die Kapitel der einzelnen Autoren insgesamt keine durchgehende Argumentation hervor, wohl aber ergänzen die einzelnen Darstellungen einander und vermitteln insgesamt einen Überblick.

Dank vieler Abstimmungen sind die einzelnen Kapitel in Diktion, Aufbau und Anlage vergleichbar. Sie sind jedoch nicht einheitlich geraten. Dies ist bis zu einem gewissen Grade auch gewollt: Die je besonderen Stärken und Eigenarten der Autoren sollten durchaus erhalten bleiben. Das gilt in Ansätzen auch für die politischen und weltanschaulichen Grundüberzeugungen der einzelnen Verfasser. Die vorliegende Sozialkunde enthält zwar keine Meinungsartikel, sondern sozialwissenschaftlich fundierte, in ihren Aussagen durchgehend empirisch belegte Darstellungen. Die objektive Darstellung der Gegebenheiten und Probleme steht im Vordergrund. Probleme definieren die Autoren nicht aufgrund ihrer persönlichen Bewertung, sondern weil faktische Gegebenheiten von allgemein akzeptierten Sollvorstellungen abweichen. Gleichwohl wird dem aufmerksamen Leser nicht verborgen bleiben, dass die politischen Grundeinstellungen der Autoren teilweise auseinandergehen. Dies zeigt sich bei der Auswahl der Inhalte im Einzelnen, den Interpretationen von Befunden und insbesondere in den Ausblicken, die naturgemäß nur bedingt empirisch zu belegen sind. Auf diese Weise kommt in der vorliegenden Sozialkunde zugleich ein Spektrum von legitimen Bewertungsmaßstäben gesellschaftlicher Entwicklungen zum Ausdruck.

Man kann sicher darüber streiten, welche Themenbereiche in einer Sozialkunde zur Darstellung kommen sollen. Hier gilt es auf der einen Seite, die unerlässlichen, konventionellen Basisinformationen zu vermitteln, die aus gutem Grund in allen schulischen Lehrplänen und in allen universitären grundständigen Studiengängen der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Fächer enthalten sind, also etwa: Grundinformationen zum politischen System, zur Sozialstruktur sowie zur Wirtschaftsordnung Deutschlands. Auf der anderen Seite erfordern es neuere Entwicklungen und Verschiebungen der öffentlichen Diskussion, auch bislang in Sozialkunden wenig berücksichtigte Themen darzustellen: So sind der Medienentwicklung, der Supranationalisierung, der Zivilgesellschaft und der sozialen Kontrolle (einschließlich des Datenschutzes) jeweils eigene Kapitel gewidmet.

Der Herausgeber hätte gerne weitere Beiträge in diese Sozialkunde aufgenommen, so etwa zu Fragen der Ökologie, der Jugend und zum Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Der Umfang dieser Sozialkunde wäre dann aber kaum noch handhabbar geworden, oder aber die einzelnen Beiträge wären zu reinen Skizzen verkürzt worden.

Ausführungen zum Verhältnis von Frauen und Männern werden die Leser jedoch nicht vermissen. Die Lage und die sozialen Beziehungen der Geschlechter sind heute in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik so bedeutend geworden, dass dieser Aspekt quer zur Gliederung in vielen Kapiteln dargestellt wird, unter anderem in den Kapiteln Bildung, Soziale Ungleichheit, Arbeitsmarkt, private Lebensformen.

Kapitel 2

Sozialer Wandel

Wohin geht die Entwicklung?

Uwe Schimank

1 Die Vielfalt sozialen Wandels

Sozialer Wandel*, d. h. nachhaltige Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen, kann schneller oder langsamer vor sich gehen und bleibt den Gesellschaftsmitgliedern mitunter über längere Zeit mehr oder weniger verborgen. Viele dieser Veränderungen berühren lediglich begrenzte Teilbereiche der Gesellschaft, etwa das Familienleben oder die Kunst; andere betreffen tendenziell die gesamte Gesellschaft, wie z. B. die Transformation der staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas nach 1990. In diesem Kapitel geht es um gesellschaftsweite Entwicklungen.

Kleine Chronologie der Veränderungen seit dem Zweiten Weltkrieg

Wer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Westdeutschland aufwuchs, erlebte eine Phase vielfältigen sozialen Wandels:

- den rasanten Wiederaufbau der westdeutschen Gesellschaft und das »Wirtschaftswunder« der 1950er-Jahre
- die in den 1960er-Jahren einsetzende Bildungsexpansion
- die Studentenbewegung und das Aufkommen der Bürgerinitiativen und der »Grünen«
- die »Ölkrise« und das Ende der Vollbeschäftigung seit Mitte der 1970er-Jahre
- den Zusammenbruch der DDR 1989 und die deutsche Wiedervereinigung
- die rapide Verdichtung der weltweiten kommunikativen Vernetzung in allen Lebensbereichen durch das Internet
- die Einführung des Euro als gemeinsame Währung von immer mehr europäischen Ländern im Jahr 2002 nach einem jahrzehntelangen Prozess des europäischen Zusammenwachsens seit Gründung der Montanunion von Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und Westdeutschland im Jahr 1951
- die von Menschen gemachte drohende »Klimakatastrophe«
- »9/11« und den islamistischen Terrorismus

- die demografische Entwicklung hin zu einer stetig alternden Gesellschaft
- die im Herbst 2008 explosiv ausbrechende Weltfinanzkrise, die die Weltwirtschaft und die Staatsfinanzen noch auf Jahre tiefgreifend prägen wird.

Die »Naturwüchsigkeit« sozialen Wandels

Diese sehr unvollständige Auflistung von Problemen und Chancen macht deutlich, in welchem Maße zahlreiche sich gleichzeitig vollziehende und in oftmals komplexen Wechselwirkungen miteinander verknüpfte Veränderungsdynamiken den sozialen Wandel kennzeichnen. Manche Zeitdiagnostiker gehen davon aus, dass eine immer größere Beschleunigung des Wandels aller Lebensverhältnisse zum Signum der Gegenwartsgesellschaft geworden sei, womit wir alle irgendwie zurechtkommen müssen. Dem widerspricht auf den ersten Blick eine ebenfalls immer wieder geäußerte Sichtweise, die auf Stillstand, Reformstaus, Blockaden hinweist: Vieles müsse sich grundlegend ändern, aber nichts passiere – so z. B. die verbreitete Stimmung in der Endphase der DDR. Der scheinbare Gegensatz löst sich auf, wenn man sich klar macht, dass sozialer Wandel einerseits »naturwüchsig« geschieht, zwar als Ergebnis des handelnden Zusammenwirkens vieler Menschen, aber von keinem geplant – dass wir andererseits aber in der Moderne* der Idee anhängen, diesen Wandel mit Blick auf bestimmte Zielvorstellungen, die wir unter der Generalformel »Fortschritt« bündeln, gestalten zu können. Dass »nichts« passiert, kann dann eben bei genauerem Hinsehen auch heißen: Es passiert nicht das »Richtige«, das als notwendig Erachtete. Was uns also offensichtlich zunehmend Probleme bereitet, ist ein sozialer Wandel, der aus dem Ruder läuft – wobei wir nicht wissen, ob der Wandel tatsächlich immer ungesteuerter passiert oder ob wir immer unrealistischere Steuerungsambitionen hegen.

2 Die Unaufhörlichkeit sozialen Wandels in der Moderne

Optimistische und pessimistische Sichtweisen

Ist das, was wir an sozialem Wandel erleben, eher gut oder eher schlecht? Und haben wir den sozialen Wandel noch im Griff, oder ist er uns entglitten? Diese beiden Fragen – Fortschrittsoptimismus oder -pessimismus und Gestaltungsoptimismus oder -pessimismus – bestimmen unser Bild des sozialen Wandels. Wenn Fortschritts- und Gestaltungsoptimismus zusammenkommen, fühlen wir uns gut. Das ist immer wieder über längere Zeiträume, wie auch in den 1950er- und 1960er-Jahren in Westdeutschland, die Grundstimmung der Moderne gewesen.

Gut können wir uns auch fühlen, wenn wir zwar gestaltungspessimistisch, aber fortschrittsoptimistisch sind. Denn dann gehen wir davon aus, dass eine wohl-tätige »unsichtbare Hand«, etwa die des Marktes, richten wird, was wir geplant nie schaffen würden. Schlecht fühlen wir uns hingegen, wenn wir aufgrund von Gestaltungspessimismus Fortschrittspessimisten sind: Weil wir die überkomple- xen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht oder nicht mehr in den Griff bekommen, brechen sie – so kommt es vielen vor – unkontrolliert wie ein Wirbelsturm über uns herein.

Sozialer Wandel – eine Grundkonstante der Moderne

Wenn Letzteres nicht bloß zeitweise, sondern dauerhaft zur gesellschaftlichen Grundstimmung würde, liefe das auf einen radikalen Selbstzweifel der Moderne hinaus. Denn – paradox formuliert: Sozialer Wandel ist eine Grundkonstante der Moderne. Natürlich gab es sozialen Wandel auch in früheren Gesellschaften. Doch diese verstanden sich viel stärker als prinzipiell stabile Ordnungen, in denen Wandel entweder als – zumeist von außen, etwa durch Kriege oder Naturkatast- rophen auferlegte – De-Stabilisierung und Verfall oder als Re-Stabilisierung, also als Gegenreaktion vorkommt. Zum Selbstverständnis der Moderne gehört hinge- gen, dass es keine dauerhafte Ordnung gibt, vielmehr sämtliche gesellschaftlichen Strukturen immer nur als Provisorien gelten. Entweder erweisen sie sich früher oder später als schlecht eingerichtet; dann bemüht man sich darum, sie zu verbes- sern. Oder sie funktionieren gut; dann setzt genau deshalb eine Anspruchssteige- rung derart ein, dass man sie sich noch besser vorstellen könnte und dahingehend umgestaltet. Das kann wiederum glücken, was die nächste Anspruchssteigerung nach sich zieht; und wenn es nicht glückt, zieht man aus der Enttäuschung den Schluss, wieder neue Umgestaltungen zu versuchen.

Dieses Bild wird noch viel komplexer, wenn man berücksichtigt, dass die Vorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen darüber, wann bestim- te gesellschaftliche Strukturen gut bzw. schlecht sind, stark divergieren können. Unternehmern beispielsweise kann ein Sozialstaat schon viel zu weit gehen, den ärmere Bevölkerungsgruppen als völlig unzulänglich ansehen. Unter solchen Be- dingungen kann das erfolgreiche Bemühen einer Gruppe, gesellschaftliche Struk- turen zu ihren Gunsten zu verändern, im nächsten Schritt andere Gruppen, die bis dahin halbwegs zufrieden waren, auf den Plan rufen und zu weiteren Ver- änderungen, die in der Regel nicht einfach zum Status quo ante zurückführen, veranlassen – usw.

Die Unaufhörlichkeit sozialen Wandels

Allein schon die nimmermüden Gestaltungsbemühungen der gesellschaftlichen Akteure führen also unablässig sozialen Wandel herbei. Hinzu kommen »naturwüchsige« Wandlungsdynamiken – so etwa die auf ein Ursachenbündel aus medizinischem Fortschritt, veränderten Bedingungen für Elternschaft und weitere Faktoren zurückzuführende drastische Verschiebung des Altersaufbaus der Bevölkerung Deutschlands (vgl. dazu Kapitel 3: Bevölkerung). Solche nicht auf Gestaltungshandeln zurückgehenden Wandlungen sind dann ihrerseits Auslöser für Gestaltungshandeln, sobald sie in den Augen gesellschaftlicher Gruppen Probleme aufwerfen, und halten damit die Unaufhörlichkeit sozialen Wandels ebenfalls in Gang. Dieses abstrakte Modell soll die Unaufhörlichkeit des sozialen Wandels in der Moderne verständlich machen.

Die drei Hauptlinien des sozialen Wandels

Im Folgenden veranschaulichen wir dieses Bild, indem wir drei gegenwärtige Hauptlinien des Wandels nachzeichnen:

- den Übergang von einer »fordistischen« zu einer »postfordistischen« kapitalistischen Wirtschaft,
- die Individualisierung der Lebensführung und
- die fortschreitende Globalisierung des gesamtgesellschaftlichen Erfahrungs- und Wirkungshorizonts.

Wie sich zeigen wird, gibt es zahlreiche Wechselwirkungen zwischen diesen drei Dynamiken. Gleichsam als Generalformel des Geschehens wird abschließend die These von der »reflexiven Moderne« (Beck 1986) vorgestellt.

Das Augenmerk gilt Deutschland, für den Zeitraum vor 1989 vorzugsweise Westdeutschland. Freilich müssen die sich hier abspielenden Wandlungsdynamiken im Kontext weltweiter Veränderungen gesehen werden.

3 Vom »fordistischen« zum »postfordistischen« Kapitalismus

Die drei Stadien der Wirtschaftsentwicklung

Für die längerfristige Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung seit dem 19. Jahrhundert wird oftmals eine Drei-Stadien-Einteilung genutzt. Vor dem 19. Jahrhundert und noch bis ins 19. Jahrhundert hinein handelte es sich überall auf der Welt

um eine Wirtschaft, in der der Agrarsektor dominierte; im 19. Jahrhundert setzte sich in größeren Teilen Europas und zunächst kleineren Regionen Nordamerikas eine Wirtschaftsstruktur durch, in der der Industriesektor zunehmend den Ton angab; und seit einigen Jahrzehnten befinden wir uns – wiederum vorzugsweise in den hochentwickelten westlichen Gesellschaften sowie einigen Ländern Südostasiens – auf dem Weg in eine Wirtschaft, in der der Dienstleistungssektor den größten Raum einnimmt. In dieser *postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft** sind also zumindest in den entwickelten Ländern die meisten Arbeitskräfte nicht mehr in der Industrie und schon gar nicht in der Landwirtschaft beschäftigt, sondern in Dienstleistungsberufen. Diese Berufe tragen auch am meisten zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei (vgl. Kapitel 12: Arbeitsmarkt).

Technischer Fortschritt – ein Hauptmotor sozialen Wandels

Mehrere Faktoren haben diesen tiefgreifenden Wandel ausgelöst. Unmittelbar einsichtig ist, dass der technische Fortschritt ein Hauptmotor gewesen ist – dies übrigens im westlichen Kapitalismus und in den staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas einschließlich der ehemaligen DDR gleichermaßen. Immer mehr Güter zunächst des Agrar-, dann auch des Industriesektors können mit einem immer geringeren Arbeitskräfteeinsatz hergestellt werden; und auch wenn die durchschnittlich von einem Menschen benötigte Menge an Gütern deutlich gewachsen ist, wir z. B. heutzutage viel mehr Kleidung besitzen und viel öfter neue kaufen als die Menschen vor hundert oder vor fünfzig Jahren, hat der ungeheure technische Fortschritt in der industriellen Produktion zunehmend Arbeitskräfte freigesetzt, die dann für andere Tätigkeiten wie Dienstleistungen verfügbar wurden. Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist also durch den technischen Fortschritt ermöglicht worden.

Die steigende Nachfrage nach Dienstleistungen

Andere Faktoren haben dafür gesorgt, dass auch immer mehr Dienstleistungen nachgefragt worden sind. Hierfür nur zwei Beispiele: Dass Frauen zunehmend berufstätig geworden sind, hatte zur Folge, dass bestimmte Tätigkeiten der Haushalts- und Familienarbeit wie das Putzen der Wohnung oder die Beaufsichtigung der Kinder von anderen erledigt werden müssen – also etwa Putzfrauen oder Kindergärtnerinnen; und dass Jugendliche heute länger zur Schule gehen, mehr junge Erwachsene ein Studium absolvieren und anschließend im Laufe ihres Berufslebens noch öfter Fort- und Weiterbildungen in Anspruch nehmen, bedeutet, dass das Lehrpersonal des Bildungswesens sehr stark aufgestockt werden musste. Beide Veränderungen sind Teil eines allgemeinen Individualisierungsprozesses*, zeigen

also beispielhaft die Verflochtenheit der hier in den Blick genommenen gesamtgesellschaftlichen Wandlungen.

Die Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft

Schon die genannten Beispiele führen vor, dass Dienstleistungen von sehr einfachen Tätigkeiten für Ungelernte, z. B. Putzfrauen, bis zu hochqualifizierten Tätigkeiten etwa von Professoren reichen. Insbesondere die seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Entwicklung zu einer *Informations- und Wissensgesellschaft** hat zahlreiche neue Dienstleistungsbranchen und -berufe geschaffen, wobei die dort benötigten beruflichen Qualifikationen überwiegend auf mindestens mittlerem, in erheblichem Maße auch auf höherem Niveau liegen. Am augenfälligsten ist die Expansion rund um die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und, teilweise damit verbunden, im Mediensektor gewesen. Die weltweite Verbreitung des Internets mit immer neuen Diensten ist nach wie vor auch eine gigantische Arbeitsplatzbeschaffung; die nicht zu übersehenden Probleme mit Arbeitslosigkeit, die Deutschland wie viele andere westliche Gesellschaften seit den 1970er-Jahren plagten, wären ohne diese schnell gewachsene Branche des Dienstleistungssektors noch weit größer.

3.1 »Fordismus«

Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft muss noch tiefgreifender als Transformation eines Grundmusters verstanden werden, dem nicht nur die Wirtschaft, sondern auch deren weitere gesellschaftliche Einbettung unterzogen wurden. Das alte Muster, dessen erste Anfänge in den 1920er-Jahren erkennbar wurden und das seinen eigentlichen Siegeszug nach dem Zweiten Weltkrieg feierte, war der »Fordismus«* – benannt nach dem amerikanischen Automobilproduzenten Henry Ford. Der Fordismus lässt sich durch vier Merkmale kennzeichnen.

Standardisierte Massenproduktion

Erstens stellt er den Höhepunkt der Industriegesellschaft dar. Standardisierte Massenproduktion von Gütern am Fließband beherrscht das Bild – siehe schon Charlie Chaplins Film »Moderne Zeiten« aus dem Jahr 1936. Das ist als selbstironische Devise pointiert in dem Ford zugeschriebenen Diktum formuliert, dass ein Ford-Automobil in allen Farben erhältlich sei – solange es sich um die Farbe Schwarz handle! Diese Form der hochgradig rationalisierten und technisierten

Güterproduktion erfordert ein mittleres Qualifikationsniveau der meisten Beschäftigten ohne größeren Weiterbildungsbedarf. Wichtiger als größtenteils »on the job« erlernbare spezielle Qualifikationen ist Arbeitsdisziplin: Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Sich-Fügen in eine monotone Tätigkeit, die sich häufig auf ganz wenige immer gleiche Handgriffe beschränkt.

Steigerung der Massenkaukraft

Die durch standardisierte Massenproduktion erzielbaren Kostenvorteile sorgten dafür, dass viele Güter sehr viel erschwinglicher wurden als zuvor. Das stellt das zweite Merkmal des Fordismus dar. Wiederum mit einer Devise Fords ausgedrückt: Jeder Arbeiter in einer seiner Fabriken solle sich auch selbst einen Ford leisten können. Im Vergleich zur Ausbeutungshaltung, wie sie Karl Marx und andere Kapitalismuskritiker nicht zu Unrecht den Unternehmern des 19. Jahrhunderts zugeschrieben hatten, war das eine durchaus revolutionär zu nennende Einstellungsänderung. Sie basierte auf der Erkenntnis, dass die Unternehmen mit zunehmender Ausdehnung industrieller Produktion auf die Kaufkraft der Massen angewiesen waren. Wer sollte denn sonst all die Autos, Möbel, Konserven oder Damenoberbekleidung kaufen? Die Reichen oder das Militär – wichtige Abnehmer im 19. Jahrhundert – reichten als Nachfrager bei weitem nicht mehr aus. Eine Voraussetzung solcher Massenkaukraft waren entsprechende Lohnsteigerungen, ohne dass die Unternehmer dafür auf stabile und sogar noch steigende Gewinne verzichteten; und diese Konstellation beiderseitiger Vorteile setzte starke, aber gesamtwirtschaftlich verantwortliche, »Maß haltende« Gewerkschaften als Gegenüber der Arbeitgeber voraus.

Aufbau des Sozialstaats

Der Sozialstaat, dessen Aufbau Ende des 19. Jahrhunderts begann, und eine keynesianische Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik, wie sie in den 1960er-Jahren etabliert wurde, flankierten als drittes Merkmal des Fordismus diesen Klassenkompromiss von Kapital und Arbeit, wie ihn Marx vor dem Erfahrungshintergrund des 19. Jahrhunderts nicht für möglich gehalten hatte (vgl. Kapitel 19: Sozialstaat). Wirtschaftliche Schicksalsschläge, die den Einzelnen in Form von Arbeitslosigkeit, krankheits- oder altersbedingter Arbeitsunfähigkeit trafen, wurden durch entsprechende Versicherungssysteme abgefedert; und gesamtwirtschaftlichen Krisen wollte man nach der Erfahrung der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise durch eine ausgleichende Wirtschaftspolitik begegnen, der gemäß der Staat in Krisenzeiten Schulden macht, um Beschäftigung zu sichern und die Konjunktur wieder anzukurbeln, um dann mit den nach der wirtschaft-

lichen Erholung wieder sprudelnden Steuereinnahmen diese Schulden abzahlen zu können.

Steigende Ansprüche an die individuelle Lebensführung

Die typische Lebensführung der Gesellschaftsmitglieder, die mit dem Fordismus verbunden war, lässt sich viertens mit folgenden Stichworten umreißen: Kleinfamilie mit männlichem Alleinverdiener; Betriebstreue und bescheidene Aufstiegsaspirationen; standardisierter Konsum. Man wollte sich etwas erarbeiten, so dass es einem im Lauf des Lebens immer besser geht. Insbesondere das eigene Haus in den sich ausdehnenden Vorstädten stellte für Facharbeiter und Angestellte das zentrale Objekt des Begehrens dar. Der Jahresurlaub im Süden kam schon in den 1950er-Jahren als neuer Luxus auf.

In den 1960er-Jahren trat dann auch der Wunsch hinzu, dass es die eigenen Kinder durch Bildungsanstrengungen und sich daraus ergebenden beruflichen Erfolg einmal besser haben sollten als man selbst. Diese Ambition, die einen massiven gesellschaftlichen Individualisierungsschub einleitete, sprengte im Grunde bereits das Stabilitätsmuster, das den Fordismus ausgezeichnet hatte. Aber sie war nicht der entscheidende Grund dafür, dass sich der Fordismus Mitte der 1970er-Jahre aufzulösen begann. Das hing vielmehr mit einem nicht ganz zufälligen Zusammentreffen mehrerer Ursachen zusammen.

3.2 »Postfordismus«

Ursachen des Niedergangs des Fordismus

Hier sind zunächst die sogenannten »Ölkrise« der Jahre 1973 und 1978 zu nennen. Ein zentraler Rohstoff der industriellen Produktion in vielen Branchen und der räumlichen Mobilität der »automobilen Gesellschaft« wurde verknappt und massiv verteuert, eine bis dahin ungekannte Kombination stagnierenden Wirtschaftswachstums mit hoher Inflation und steigenden Arbeitslosenzahlen trat ein. Nun erfuhren die westlichen Gesellschaften ihre vitale Abhängigkeit von ehemaligen Kolonien. Weiterhin brach ebenfalls 1973 mit dem aus dem Jahr 1944 stammenden Abkommen von Bretton Woods* eine stabilitätssichernde Architektur des internationalen Finanzmarkts zusammen. Die Freigabe der Wechselkurse hat seitdem für eine Globalisierung und Verselbständigung des Finanzmarktgeschehens gesorgt – auch die weltweiten Turbulenzen des Herbsts 2008 sind als Folge dessen und weiterer Liberalisierungen des Finanzmarkts einzustufen. Ferner war eine starke Steigerung der Staatsausgaben aufgrund der »Anspruchsinflation« an wohlfahrtsstaatliche Leistungen insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswe-

sen zu verzeichnen. Diese öffentliche Finanzkrise wurde Mitte der 1970er-Jahre durch hohe Lohnforderungen der öffentlich Bediensteten zusätzlich angeheizt. Aufkommende »neue soziale Bewegungen« insbesondere zu Fragen der Ökologie – die erste Studie des »Club of Rome« zu den »Grenzen des Wachstums« erschien 1972 – waren weitere Kräfte, die konservative Beobachter das Menetekel einer »Unregierbarkeit« westlicher Demokratien an die Wand malen ließen. Schließlich nahm die wirtschaftliche Globalisierung Fahrt auf: Immer mehr Unternehmen wurden »vaterlandslose Gesellen«, nahmen also eine Produktionsverlagerung ins Ausland vor, wo die Ware Arbeitskraft billiger war, oder drohten dies an, um hierzulande Lohnzurückhaltung oder staatliche Subventionen zu erpressen. Dieser Drohung hatten Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nichts entgegenzusetzen. Die »win-win«-Koalition mit den Arbeitgebern zerbrach, Arbeitslosigkeit und insbesondere Dauerarbeitslosigkeit stiegen auf ein vorher ungeahntes Niveau. »Der kurze Traum immerwährender Prosperität« (Burkhard Lutz), der in den 1950er-Jahren begonnen hatte, zerbrach.

So hat sich der tiefgreifende Wandel zum *Postfordismus* vollzogen, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die Veränderungen lassen sich in allen vier Merkmalsdimensionen feststellen, die für den Fordismus benannt worden sind.

Veränderungen im Produktionsbereich

Erstens gilt, dass die standardisierte Fließband-Massenproduktion, die es natürlich nach wie vor gibt, zunehmend in die Dritte Welt, in »Schwellenländer« und – nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus – nach Osteuropa ausgelagert worden ist. Hierzulande sind diejenigen Produktionsbereiche verblieben, die in »flexibler Spezialisierung« heterogene und schneller wechselnde Kundenpräferenzen bedienen – sei es in der Werkzeugmaschinenbranche, sei es in denjenigen Branchen, die den schnell wechselnden modischen »Lifestyle« gesellschaftlicher Milieus bedienen. Technische Voraussetzungen dieser neuen internationalen Arbeitsteilung sind die Computerisierung und die Ausbreitung des Internets gewesen – womit zugleich, zusammen mit den Medien, diejenigen Branchen benannt sind, in denen, wie bereits erwähnt, bei uns neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Die permanente Innovation von Gütern und Dienstleistungen

Makroökonomischer Wachstumsmotor ist damit fortan – in der zweiten Merkmalsdimension – die permanente Innovation von Gütern und Dienstleistungen. Die Musikindustrie ist ein augenfälliges Beispiel: Nachdem die Schallplatte über ein halbes Jahrhundert lang das technische Medium der Musikspeicherung und -übertragung gewesen war und in diesem Zeitraum immer wieder inkrementell

verbessert worden ist, haben sich seit Ende der 1990er-Jahre die Ereignisse von der CD über MP3 und iPod überschlagen. Diese Beschleunigung nicht nur des technischen Fortschritts macht auf Seiten der Arbeitskräfte ein »lebenslanges Lernen« erforderlich. Keiner kann sich mehr auf einmal erworbenen Qualifikationen ausruhen.

Auf dieser Basis herrscht im sich ausbreitenden »Finanzmarkt-Kapitalismus«* (Windolf 2005) eine gesteigerte Qualitäts- und Flexibilitätskonkurrenz von Berufsgruppen und Unternehmen. Immer mehr Unternehmen geraten unter den Druck von »shareholder value«-Forderungen und müssen kurzfristige Gewinne maximieren, auch wenn sich das negativ auf ihr längerfristiges Überleben auswirkt. Für die Beschäftigten läuft das auf eine Polarisierung in eine kleiner werdende Kern- und eine wachsende Randbelegschaft hinaus. Die Gewerkschaften als kollektiver Interessenvertreter erleben einen Niedergang, der sich unübersehbar in den deutlich sinkenden Mitgliederzahlen zeigt.

Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen

Drittens führt diese globalisierte Standortkonkurrenz vielerorts zu einem sozialpolitischen »race to the bottom«. Jeder Staat baut arbeitsrechtliche und sozialpolitische Sicherungen ab, um attraktiv für die Unternehmen zu sein, die nur noch auf möglichst kostengünstige Standorte schauen. Das im Fordismus erreichte Niveau wohlfahrtsstaatlicher Sicherung wird von Garantien auf Förderung und Anreize zurückgeschraubt: Wer sich anzustrengen bereit ist und vielversprechend erscheint, wird unterstützt – alle anderen haben zu leiden. Ein zu der Zeit aufgekommener vielsagender politischer Slogan lautete: »Leistung soll sich wieder lohnen.« Das unterstellt zum einen, dass man vorher ohne eigene berufliche Leistung zum »Sozialschmarotzer« werden konnte und immer mehr Gesellschaftsmitglieder diesen scheinbar so bequemen Weg gegangen seien. Zum anderen wird darüber hinweggegangen, dass manche Gesellschaftsmitglieder, ohne etwas dafür zu können, nicht hinreichend leistungsfähig sind – etwa chronisch Kranke. Auch wenn der »fordistische« Sozialstaat hier und da ausgenutzt worden sein mag, kommt in seinem »postfordistischen« Umbau ein unbarmherziges egoistisches Menschenbild derer zum Ausdruck, denen es – durch eigene Leistung oder durch das Glück sozialer Herkunft oder körperlicher Gesundheit – gut geht.

Viertens ist die typische Lebensführung der Menschen zu betrachten. Hier lautet das entscheidende, im nächsten Abschnitt ausführlicher zu behandelnde Stichwort: Individualisierung.

4 Individualisierung der Lebensführung

Die veränderten Lebenschancen der Individuen

Um die Individualisierung* der Gesellschaftsmitglieder zu verstehen, die sich mit dem Übergang zum Postfordismus, aber auch schon zuvor und unabhängig davon seit den 1960er-Jahren vollzogen hat, ist ein Rückgriff auf Ralf Dahrendorfs (1979) Konzept der *Lebenschancen** hilfreich. Die Lebenschancen eines Individuums bestehen, ganz abstrakt betrachtet, aus Optionen auf der einen und Ligaturen auf der anderen Seite:

- *Optionen* ergeben sich aus Anrechten und Angeboten. Beispielsweise hilft das Demonstrationsrecht, demokratisch Einfluss auf die Regierung auszuüben; und das Warenangebot ermöglicht jemandem, sich z. B. ganz nach seinen individuellen Vorlieben zu kleiden – vorausgesetzt, er verfügt über genug Geld, um die von ihm bevorzugte Kleidung kaufen zu können. Angebote sind also oftmals von individuellen finanziellen Ressourcen abhängig.
- Genauso wichtig für die Lebenschancen einer Person sind die *Ligaturen*, also die sinnstiftenden Bindungen an kulturelle Werte und soziale Gemeinschaften. Diese Bindungen können höchst vielgestaltig sein – von Freundschaften oder einem guten Betriebsklima bis hin zur Identifikation mit einem Pop-Idol oder der eigenen Nation.

Genauso wie totale Fremdbestimmtheit und Chancenlosigkeit, also die Reduktion von Optionen auf null, einer Person das Leben zur Hölle machen können, ist dies auch bei einer Reduktion der Ligaturen auf null der Fall. Denn dann breitet sich im Leben einer Person Sinnleere aus. Je besser es hingegen sowohl um Optionen als auch um Ligaturen bestellt ist, umso größer sind die Lebenschancen.

Das Ideal der individuellen Autonomie

Der bereits in der Renaissance einsetzende moderne Individualismus betonte von Anfang an die Autonomie und Einzigartigkeit des Einzelnen – ursprünglich in Absetzung von der starken Eingebundenheit des mittelalterlichen Menschen in rigide lokale Gemeinschaften. Bis heute neigt der Kult des Individuums zu einer Überbetonung von Optionen auf Kosten der Ligaturen. Auf seinem Programm steht u. a. eine rigorose Enttraditionalisierung aller Lebenszusammenhänge, um der Person ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Traditionen sollen nicht mehr binden. Die Kehrseite dieser Optionserweiterung ist Ligaturenverlust. Der Schützenverein beispielsweise ist eben nicht bloß spießiger Konformitätsterror, sondern kann auch echtes Gemeinschaftserleben – genau wie in der Raver-Szene – bedeuten.

Die drei Voraussetzungen des Individualisierungsprozesses

Der Individualisierungsschub der letzten Jahrzehnte geht vor allem auf drei Entwicklungen zurück. Erstens hat eine bis in die 1980er-Jahre anhaltende Wohlstandssteigerung in fast allen Bevölkerungsgruppen zwar die sozialen Ungleichheiten nicht nivelliert, wohl aber einen »Fahrstuhl-Effekt« (Beck 1986: 122) ausgelöst: Alle konnten sich kontinuierlich ein bisschen mehr leisten, z. B. Fernreisen oder den Zweitfernseher im Kinderzimmer. Zweitens hat die deutliche Verkürzung der Arbeitszeit den voll- und hauptberuflichen Gesellschaftsmitgliedern entsprechend mehr Freizeit beschert, in denen sie eigenen Interessen, vom Hobby bis zum politischen Engagement oder zur Weiterbildung, nachgehen können. Drittens schließlich hat das gestiegene Bildungsniveau, wie es sich vor allem im von Kohorte zu Kohorte höheren Abiturienten- und Studierendenanteil zeigt, zum einen dazu geführt, dass immer mehr Menschen bessere Chancen des sozialen Aufstiegs über eine berufliche Karriere bekommen haben. Zum anderen bedeutet höhere Bildung auch die Vermittlung kognitiver Kompetenzen und Anregungen, um profunder über sich selbst und das eigene Leben nachzudenken und auf dieser Grundlage selbstbestimmtere Lebensentscheidungen zu treffen – und auch ein höheres Interesse daran. Mehr Zeit dafür hat man als Jugendlicher und junger Erwachsener ebenfalls, wenn man mehrheitlich nicht schon mit vierzehn eine Lehre absolvieren oder als Ungelernter arbeiten gehen muss.

4.1 Individualisierungsgewinne

Sozialer Aufstieg

Aus diesen Entwicklungen erwuchs eine zunehmende Individualisierung, die sich mit ihrer positiven Seite an einer ganzen Reihe von Phänomenen festmachen lässt. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass von den 1950er- bis zu den 1980er-Jahren mehr Gesellschaftsmitglieder als zuvor – und danach – einen *sozialen Aufstieg* geschafft haben. Diese Aufsteiger, etwa vom Arbeiterkind zum Akademiker, sind schon deshalb individualisiert, weil sie mit dem sozialen Milieu, in dem sie sich dann bewegen, erst einmal nicht vertraut sind und weil sie auch auf Dauer nicht alle habituellen Eigenarten ablegen werden, die sie ihrem Herkunftsmilieu verdanken – was bei den Lieblings Speisen anfängt. Je mehr Aufsteiger ein Milieu verkraften muss, desto heterogener wird es daher, und desto weniger vermag es noch einen Konformitätsdruck auf einströmende Aufsteiger auszuüben. Sozialer Aufstieg führt so zwangsläufig zu einer Individualisierung in vordem traditional in sich gefestigten Milieus.

Diversifizierung der Lebensstile

Aber auch darüber hinaus hat eine zunehmende *Diversifizierung von Lebensstilen* stattgefunden, was als Übergang in eine »Erlebnisgesellschaft« (Schulze 1992) verzeichnet worden ist (vgl. Kapitel 8: Werte). Seit den 1960er-Jahren haben viele Menschen in den entwickelten Ländern des Westens eine ganz neuartige Lebenseinstellung kultiviert. Bis dahin ging es primär darum, zunächst vor allem materielle Grundbedürfnisse zu befriedigen und sodann, insbesondere über Bildungsanstrengungen angegangen, berufliche Leistung zu erbringen und Karriere zu machen. Seitdem hat sich das Lebenskonzept vieler in Richtung »schöner Erlebnisse« verschoben, die neben kulturellen Aktivitäten im engeren Sinne viele weitere Lebensbereiche erfassen: vom Wohnen über Freizeitaktivitäten und Bildungsinteressen bis zum Umgang mit dem eigenen Körper und zum Essen. Dabei bilden sich nach Lebensalter und Bildungsniveau vielfältig differenzierte Lebensstil-Szenen und -Milieus heraus, die relativ friedlich nebeneinander koexistieren. Anders als früher das Bildungsbürgertum, das fraglos beanspruchte, den unteren sozialen Schichten verbindliche kulturelle Standards vorgeben zu können, um sich dann mit vorprogrammiertem Grausen über den »schlechten Geschmack« der »Proleten« erheben zu können, kümmert sich nun etwa das grün-alternative Studienratsmilieu kaum noch darum, was die Schrebergärtner oder die Raver-Szene so treiben.

Entscheidungsnotwendigkeiten

Diese durch sozialen Aufstieg sowie Milieu- und Lebensstildiversifizierung erfolgte Freisetzung des Einzelnen aus engen Sollens- und Wollens-Vorgaben seiner Lebensführung bedeutet: Jeder muss immer mehr Fragen *selbst entscheiden*, anstatt einfach das zu tun, was »man« in seinem Milieu in entsprechenden Situationen so tut. Das reicht von vergleichsweise belanglosen Fragen wie der, wo man Urlaub macht, bis zu weittragenden Entscheidungen der Berufswahl oder der Gestaltung einer Lebenspartnerschaft. Etwas pathetisch heißt es über diese Stufe der Individualisierung: »Der Mensch wird (im radikalisierten Sinne Sartres) zur Wahl seiner Möglichkeiten, zum homo optionis. Leben, Tod, Geschlecht, Körperlichkeit, Identität, Religion, Ehe, Elternschaft, soziale Bindungen – alles wird sozusagen bis ins Kleingedruckte hinein entscheidbar, muss, einmal zu Optionen zerschellt, entschieden werden.« (Beck/Beck-Gernsheim 1994: 16/17)

Weil aber der Einzelne so viele zugemutete Entscheidungen gar nicht auf sich allein gestellt zu bewältigen vermag, springt ihm die Wissensgesellschaft hilfreich zur Seite. Sie stellt ein unerschöpfliches Reservoir an Ratschlägen und Rezepten zur Verfügung, wie man sie tagtäglich in Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehprogrammen, aber auch in der Ratgeberliteratur sowie natürlich mittlerweile